Mai 2025

Deutschland und Israel heute. Zwischen Stabilität und Spannung

Einleitung

Die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind einzigartig. Geprägt von der Erinnerung an die Shoah und getragen von dem Anspruch, daraus praktische Konsequenzen für heute zu ziehen, gelten sie als „besonders“. Doch was bedeutet diese Besonderheit im Jahr 2025? Haben der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der nachfolgende Krieg Israels gegen die Hamas im Gazastreifen Spuren im bilateralen Verhältnis hinterlassen? Wie blicken Deutsche und Israelis heute aufeinander, welche Erwartungen und Bilder prägen das gegenseitige Verhältnis, und welche Verantwortung resultiert daraus in einer Zeit wachsender geopolitischer Spannungen und gesellschaftlicher Polarisierung?

Vor dem Hintergrund dieser Fragen gibt die vorliegende Kompaktauswertung einen ersten Einblick in die Ergebnisse unserer aktuellen Studie zur gegenseitigen Wahrnehmung von Israelis und Deutschen. Auf Basis einer repräsentativen Doppelbefragung in beiden Ländern gibt sie Aufschluss über das politische Selbstverständnis in beiden Gesellschaften, die Rolle der Geschichte für die Gegenwart, die Erwartungen an die deutsche Nahostpolitik sowie die Wahrnehmung von Antisemitismus und internationaler Verantwortung. Die Ergebnisse zeichnen ein ambivalentes Bild, geprägt von Nähe und Distanz, Zustimmung und Kritik, Hoffnung und Skepsis. In dieser Auswertung legen wir einen besonderen Fokus auf die Erhebung in Deutschland und ziehen die israelischen Befunde vergleichend heran. Eine umfangreiche Darstellung aller Ergebnisse ist in Vorbereitung.

Mit dieser Studie setzt die Bertelsmann Stiftung ihre langjährige Reihe empirischer Analysen zur Entwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen fort. Die Studie erscheint in einem Jahr, in dem sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten zum sechzigsten Mal jährt. Ein Anlass, nicht nur auf das Erreichte zurückzublicken, sondern auch für eine kritische Selbstbefragung: Wie können wir, Deutsche und Israelis, unsere Beziehung in Zukunft verantwortungsvoll gestalten?

Methodensteckbrief

Die Daten für die vorliegende Studie hat das Institut pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erhoben. In Israel hat diese Aufgabe das israelische Partnerinstitut New Wave übernommen. Während die Datenerhebung in Deutschland vollständig online erfolgte (CAWI: Computer-Assisted Web Interview), kam in Israel ein hybrides Modell aus Online- und Telefoninterviews zur Anwendung (CAWI und CATI: Computer Assisted Telephone Interview). Zur Sicherstellung der Repräsentativität wurden die Daten sowohl für Deutschland (Ost- und Westdeutschland) als auch für Israel (differenziert nach arabischen und jüdischen Israelis) entsprechend der amtlichen Statistik gewichtet. Die maximale statistische Fehlertoleranz beträgt bei der deutschen Stichprobe ± 2,7 Prozentpunkte, bei der israelischen Stichprobe ± 2,6 Prozentpunkte, jeweils bei einem 95-Prozent-Konfidenzintervall.

Einige Fragen aus den früheren Erhebungen haben wir in der aktuellen Untersuchung übernommen, um Entwicklungen nachvollziehbar zu machen; andere haben wir ergänzt, um aktuellen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen des bilateralen Verhältnisses gerecht zu werden.

In Deutschland wurden insgesamt 1.346, in Israel 1.367 Menschen befragt. Einbezogen waren in Deutschland Wahlberechtigte ab 18 Jahren, in Israel bildete die Wohnbevölkerung ab 18 Jahren die Ausgangsbasis. Die Erhebung fand zwischen dem 24. Februar und dem 25. März 2025 statt.

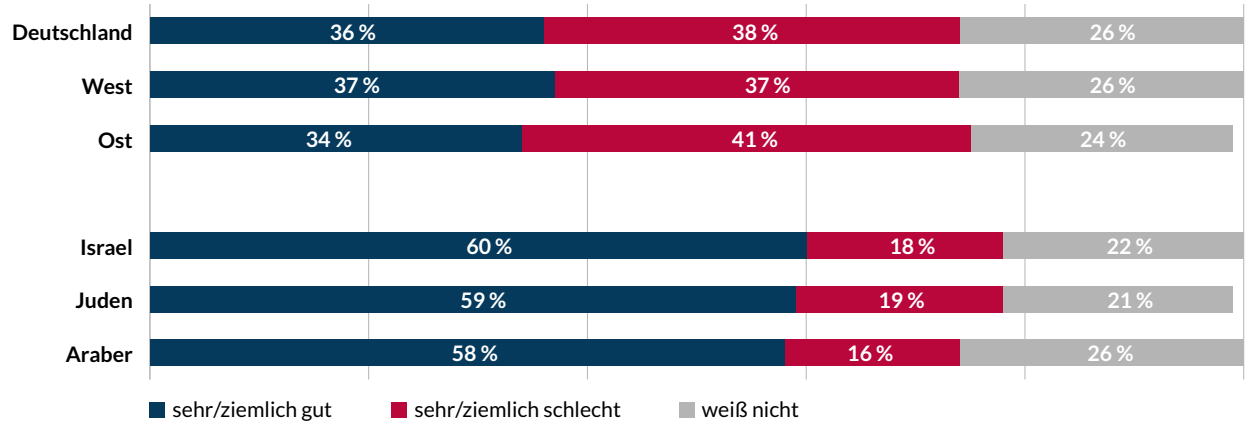
Ergebnisse

Deutsch-israelische Beziehungen heute

Bei offiziellen Anlässen betonen Redner:innen häufig die besondere Freundschaft zwischen Deutschland und Israel – getragen von gemeinsamen Werten, historischer Verantwortung und enger Partnerschaft. Doch wie blicken die Menschen in beiden Ländern selbst auf die Beziehungen?

Unsere Befragung zeigt, dass Israelis mehrheitlich positiv gegenüber Deutschland eingestellt sind (Abb. 1): 60 Prozent der Befragten haben eine „ziemlich gute“ oder „sehr gute“ Meinung von Deutschland. Umgekehrt fällt das Urteil deutlich schlechter aus: Nur 36 Prozent der Deutschen haben eine positive Meinung von Israel. Im Vergleich zu 2021 wird deutlich, dass die Einstellung in beiden Ländern etwas negativer geworden ist: In Israel

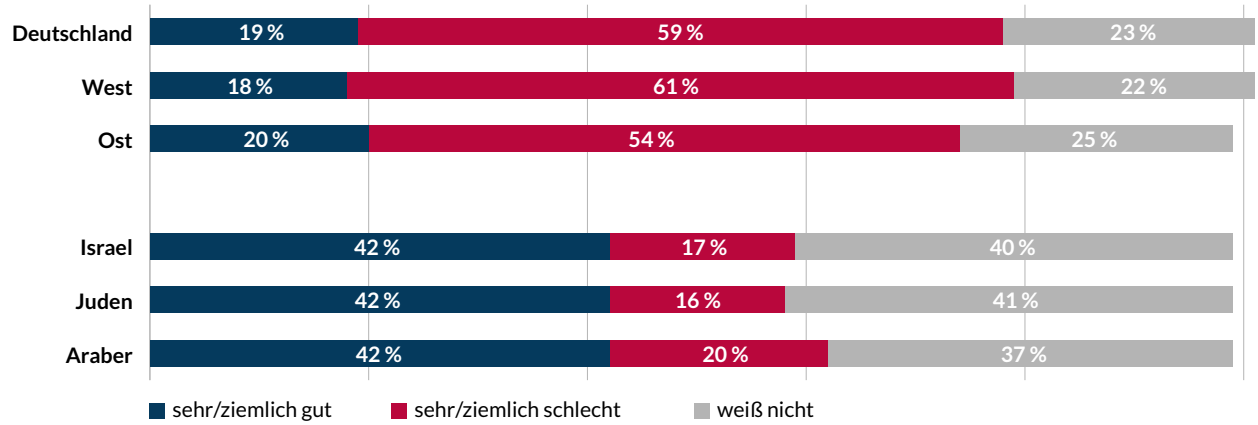
Abbildung 1 | **Gegenseitige Wahrnehmung von Israel und Deutschland**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage, gestellt jeweils in Bezug auf das andere Land: „Was denken Sie ganz allgemein über das heutige Israel/Deutschland? Haben Sie eine sehr gute, eine ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über Israel/Deutschland?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

Abbildung 2 | **Gegenseitige Wahrnehmung der jeweiligen Regierung**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage, gestellt jeweils in Bezug auf das andere Land: „Was denken Sie ganz allgemein über die aktuelle Regierung im heutigen Israel/Deutschland? Haben Sie eine sehr gute, eine ziemlich gute, eine ziemlich schlechte oder eine sehr schlechte Meinung über aktuelle Regierung in Israel/Deutschland?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

ist der Anteil derer mit positiver Meinung von Deutschland um drei Prozentpunkte gesunken, in Deutschland – mit Blick auf Israel – sogar um zehn Prozentpunkte.

Ein ähnliches Meinungsbild zeigt sich mit Blick auf die jeweilige Regierung, wobei das Muster hier noch ausgeprägter ist (Abb. 2): Eine Mehrheit der deutschen Befragten (59 Prozent) hat eine negative Meinung von der israelischen Regierung (2021: 43 Prozent). Im Gegensatz dazu sind unter den israelischen Befragten deutlich mehr Personen positiv (42 Prozent) als negativ (17 Prozent) gegenüber der aktuellen deutschen Regierung eingestellt. Dennoch wird im Zeitvergleich deutlich, dass die Skepsis gegenüber der deutschen Regierung deutlich gestiegen ist, denn 2021 hatten noch 55 Prozent der Israelis ein positives Bild. 40 Prozent geben heute an, nicht zu wissen, was sie über die deutsche Regierung denken.

Erinnern an den Holocaust, Gedenken und Verantwortung

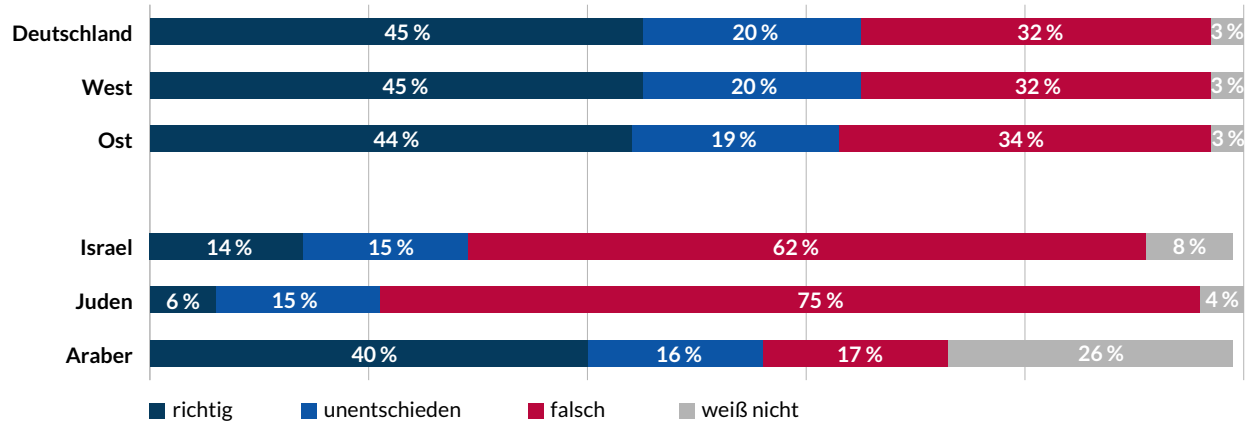
Die deutsch-israelischen Beziehungen werden maßgeblich durch die Erinnerung an den Holocaust sowie die daraus gewachsenen politischen und gesellschaftlichen Überzeugungen geprägt. In Israel messen deutlich mehr Menschen dieser Erinnerung eine Bedeutung zu als in Deutschland (Abb. 3, Seite 4): Während es hier nur rund jede:r Dritte (32 Prozent) ablehnt, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, sind es in Israel fast doppelt so viele (62 Prozent).

In der deutschen Erhebung lassen sich insbesondere Unterschiede nach Bildungsniveau erkennen: Unter den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau lehnen es nur 25 Prozent ab, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Holocausts zu ziehen, während es unter den höher Gebildeten 41 Prozent sind. In Israel hingegen zeigen sich besonders große Differenzen zwischen der jüdischen und arabischen Bevölkerungsgruppe. Ausgeprägt ist die Ablehnung eines Schlussstrichs insbesondere in religiösen und ultraorthodoxen (haredischen) Kreisen – dort liegt sie bei über 85 Prozent.

Auch Parteipräferenzen spielen eine Rolle: So stimmen mit 63 Prozent insbesondere AfD-Wähler:innen dafür, einen Schlussstrich unter die Vergangenheit zu ziehen, während es unter den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen lediglich 14 Prozent sind.

Das Erinnern an den Holocaust ist ein Grundpfeiler der deutsch-israelischen Beziehungen. Sollte diese Erinnerung auch zukünftig eine große Rolle für die deutsche

Abbildung 3 | **Schlussstrich unter die Vergangenheit: richtig oder falsch?**

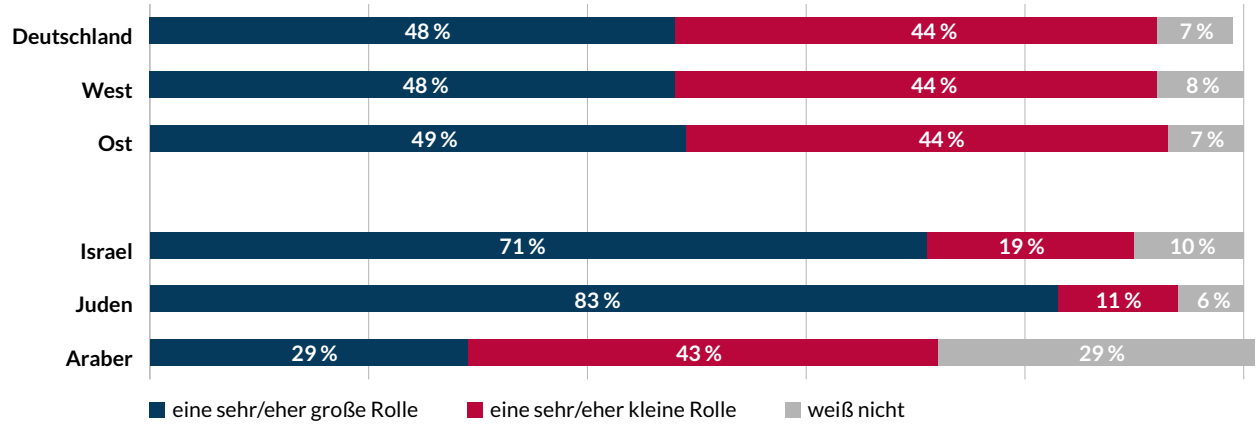


Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Heute, beinahe 80 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, sollten wir nicht mehr so viel über die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen. Halten Sie diese Aussage für richtig oder falsch?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Abbildung 4 | **Bedeutung der Holocaust-Erinnerung für die deutsche Politik**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Sollte die Erinnerung an den Holocaust für die heutige und künftige deutsche Politik eine sehr große, eher große, eher kleine oder sehr kleine Rolle spielen?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

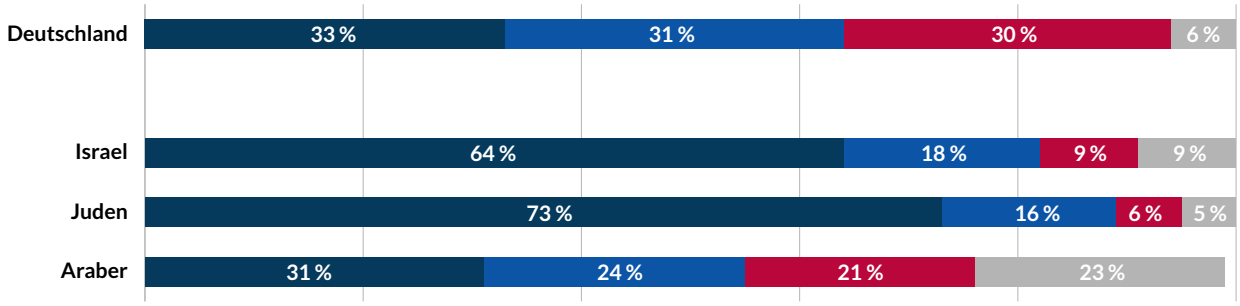
BertelsmannStiftung

Politik spielen? In Deutschland ist die Zustimmung dazu leicht gestiegen (Abb. 4): So wünscht eine relative Mehrheit von 48 Prozent, dass die Holocaust-Erinnerung eine eher bis sehr große Rolle in der deutschen Politik spielt, 2021 waren es 43 Prozent. In Israel sind es 71 Prozent, also sogar sieben Prozentpunkte mehr als 2021.

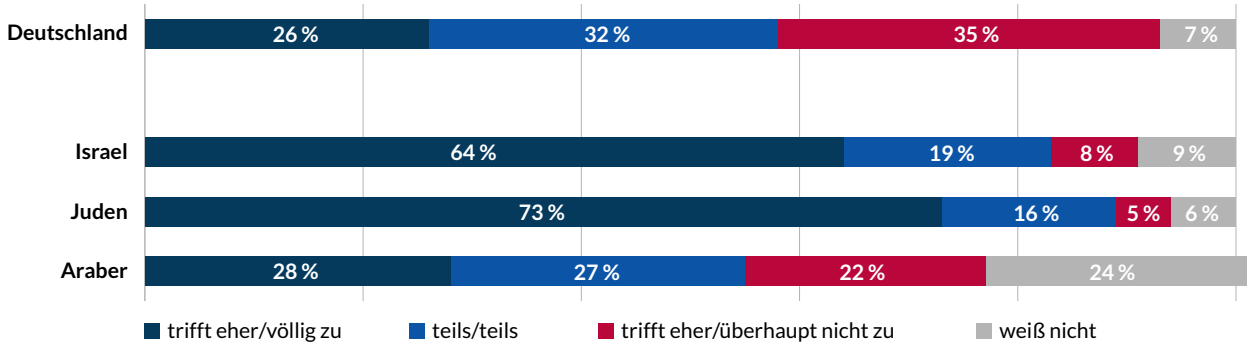
In Deutschland geben Befragte mit hoher Bildung mit 56 Prozent besonders häufig an, dass die Erinnerung an den Holocaust eine große Rolle in der deutschen Politik spielen soll. Auch ein altersbezogener Trend zeigt sich: Mit 52 Prozent legen am häufigsten die Befragten unter 40 Jahren Wert auf eine Erinnerung an den Holocaust in der Politik.

Abbildung 5 | **Verantwortung des heutigen Deutschlands für das jüdische Volk und Israel**

„Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk."



„Vor dem Hintergrund der Geschichte des Nationalsozialismus hat das heutige Deutschland eine besondere Verantwortung für Israel."



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zu den beiden Aussagen. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Mit Blick auf die Parteipräferenz sind es erneut Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (72 Prozent), aber auch der Partei Die Linke (71 Prozent), die am häufigsten dafür stimmen, dass der Holocaust eine eher oder sehr große Rolle in der deutschen Politik spielen soll. Mit 26 Prozent stimmen Wähler:innen der AfD am seltensten dafür.

Doch was resultiert aus der Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus? Wird daraus eine besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber dem jüdischen Volk und dem Staat Israel abgeleitet? Auch bei dieser Frage gehen die Einschätzungen in Israel und Deutschland auseinander (Abb. 5): 64 Prozent der Israelis vertreten die Ansicht, dass Deutschland eine besondere Verantwortung sowohl für das jüdische Volk als auch für den Staat Israel hat. In der deutschen Bevölkerung sieht nur etwa ein Drittel eine solche Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, in Bezug auf den Staat Israel sind es mit rund einem Viertel noch weniger.

Im Vergleich zu 2021 fällt insbesondere in Israel eine Veränderung auf: Unter jüdischen Israelis ist der Anteil derjenigen, die eine deutsche Verantwortung für das jüdische Volk sehen, um acht Prozentpunkte gestiegen; bei der Verantwortung für den Staat Israel liegt der Zuwachs sogar bei zehn Prozentpunkten. In der arabischen Bevölkerung ist eine gegenteilige Tendenz zu beobachten: Der Anteil derjenigen, die Deutschland eine besondere Verantwortung für das jüdische Volk zuschreiben, ist um vier Prozentpunkte leicht gesunken – bei der Verantwortung gegenüber dem Staat Israel sogar um neun Prozentpunkte.

In Deutschland lassen sich Unterschiede vor allem anhand demografischer Merkmale wie Alter, Bildungsniveau und Geschlecht erkennen: Ältere Befragte (über 60 Jahre) stimmen häufiger einer besonderen deutschen Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk zu (37 Prozent) als jüngere Befragte unter 40 Jahren (29 Prozent), die zugleich auch seltener eine Verantwortung gegenüber dem Staat Israel (23 Prozent) sehen als Ältere (30 Prozent). Auch das Bildungsniveau spielt eine Rolle: Befragte mit höherer Bildung sehen mit 40 Prozent (für das jüdische Volk) beziehungsweise 33 Prozent (für den Staat Israel) häufiger eine besondere Verantwortung als geringer Gebildete (31 Prozent bzw. 24 Prozent).

Im Hinblick auf die Parteipräferenzen zeigt sich ein bereits bekanntes Muster: Die größte Zustimmung zu einer besonderen deutschen Verantwortung für das jüdische Volk und den Staat Israel kommt von den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (55 Prozent bzw. 41 Prozent). Am geringsten fällt die Zustimmung bei Wähler:innen der AfD aus: Nur 16 Prozent sehen eine besondere Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk, zwölf Prozent gegenüber dem Staat Israel. Bemerkenswert ist das Antwortverhalten von Wähler:innen der Partei Die Linke, insbesondere angesichts israelkritischer Debatten im linken politischen Spektrum: Mit 45 Prozent Zustimmung zur Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk und 40 Prozent gegenüber dem Staat Israel liegen sie bei beiden Aussagen an zweiter Stelle hinter den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen.

Einschätzungen des Konflikts im Nahen Osten

Der Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und der nachfolgende Krieg Israels gegen die Hamas im Gazastreifen markieren einen dramatischen Wendepunkt im israelisch-palästinensischen Konflikt – mit weitreichenden Folgen auch für Deutschland: Es kam zu einer massiven Eskalation der Gewalt in der Region, zudem haben der Überfall und seine Folgen hierzulande Debatten darüber entfacht, wie sich Deutschland in diesem Krieg verhalten soll, welcher Seite gegenüber Solidarität angebracht ist und wo Antisemitismus beginnt. Seitdem hat sich der öffentliche Diskurs in Deutschland spürbar verschärft – in Schulen, auf Demonstrationen und in Sozialen Medien wird der Nahostkonflikt sehr emotional verhandelt.

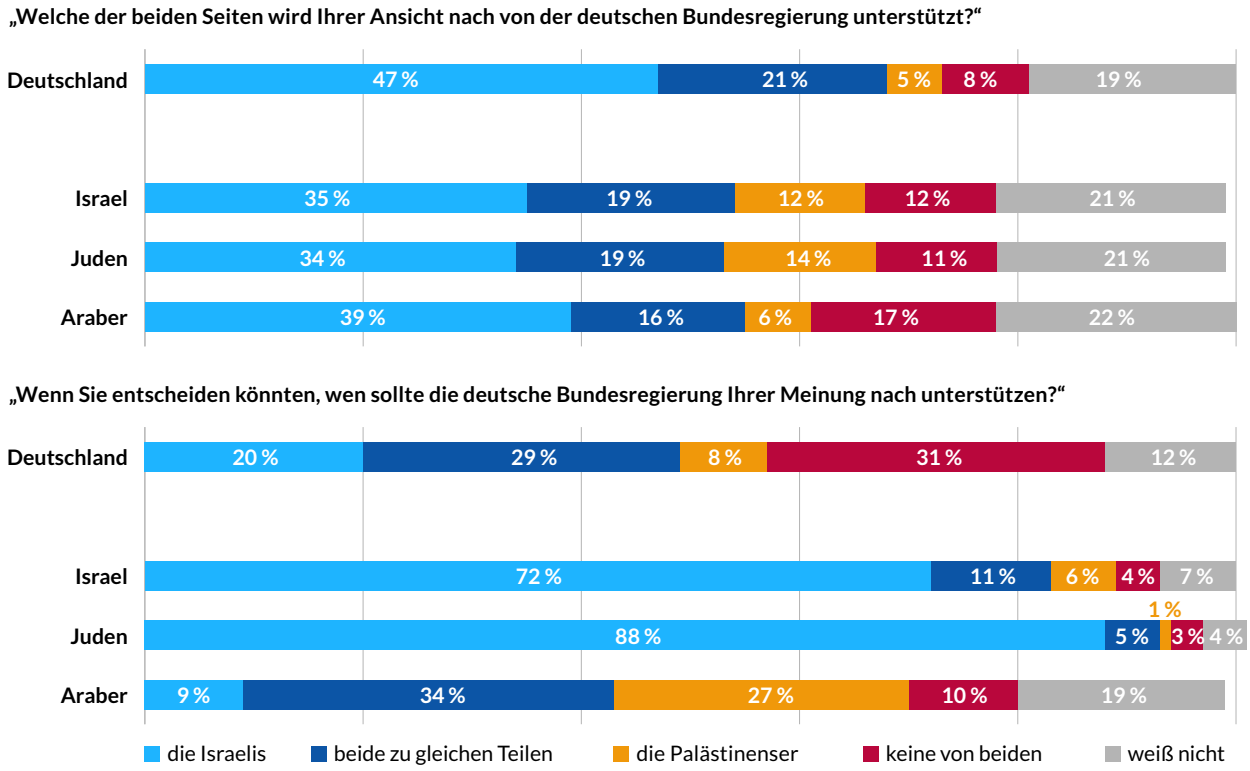
Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass ebenso in Deutschland wie in Israel der Eindruck besteht, dass die deutsche Bundesregierung eher die Israelis als die Palästinenser:innen unterstützt (Abb. 6): In Deutschland ist diese Einschätzung allerdings deutlich verbreiteter und gegenüber 2021 nochmals angestiegen von 38 auf 47 Prozent. In Israel war es 2021 etwa ein Fünftel der Befragten, 2025 nehmen 35 Prozent eine einseitige Unterstützung der Israelis wahr.

Doch wie unterscheidet sich die wahrgenommene Unterstützung von der gewünschten Unterstützung? In Deutschland stimmen 2025 im Vergleich zu 2021 mehr Befragte für eine einseitige Unterstützung einer der beiden Konfliktparteien. Während 2021 in Deutschland noch zwölf Prozent eine Unterstützung der Israelis befürworteten, sind es inzwischen 20 Prozent. Die Zustimmung zur Unterstützung der Palästinenser:innen stieg im selben Zeitraum ebenfalls, aber lediglich um drei Prozentpunkte auf acht Prozent. Zugleich ist der Anteil jener, die sich eine ausgewogene Unterstützung beider Seiten wünschen, deutlich gesunken – von 41 Prozent im Jahr 2021 auf nun 29 Prozent.

In Israel ist der Wunsch nach einseitiger Unterstützung der israelischen Seite von 61 Prozent (2021) auf 72 Prozent gestiegen: unter Jüd:innen von 77 Prozent auf 88 Prozent, unter arabischen Israelis von sechs Prozent auf neun Prozent. Eine Unterstützung beider Seiten wünschen sich elf Prozent der Israelis (2021: 19 Prozent). Während dies nur noch von fünf Prozent der jüdischen Befragten gewünscht wird (2021: zwölf Prozent), liegt der Anteil unter arabischen Israelis bei 34 Prozent (2021: 41 Prozent).

Einen Unterschied macht in Deutschland vor allem das Alter der Befragten: Zwar wird die derzeitige Unterstützung durch die deutsche Bundesregierung in allen Altersgruppen am häufigsten als pro-israelisch wahrgenommen, jedoch ist diese Einschätzung unter den Jüngeren (unter 40 Jahren) am wenigsten verbreitet (38 Prozent). Zudem ist auffällig, dass nur in dieser Altersgruppe die erwünschte einseitige Unterstützung – entweder für die Israelis (13 Prozent) oder für Palästinenser:innen (14 Prozent) – nahezu gleichauf liegen.

Abbildung 6 | **Unterstützung der deutschen Bundesregierung für die israelische respektive palästinensische Seite**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zu den beiden Aussagen. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

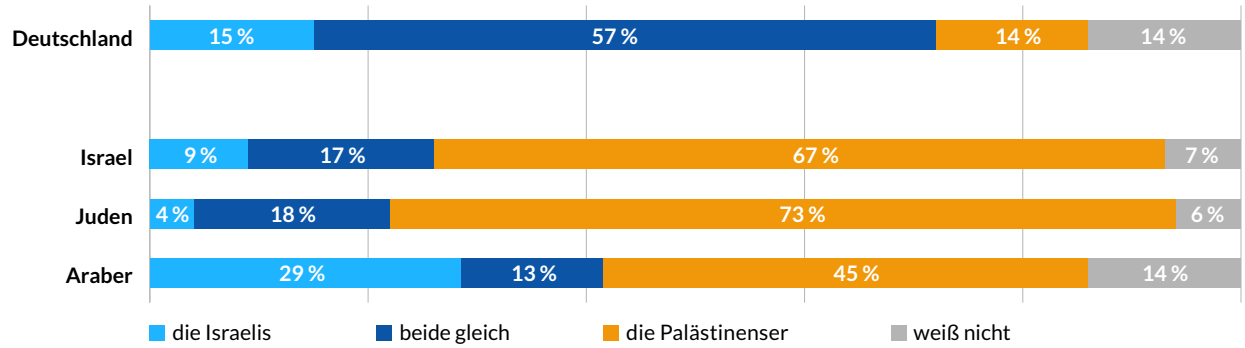
BertelsmannStiftung

Trotz dieser Unterschiede zeigt sich über alle Altersgruppen hinweg: Die Mehrheit der Befragten wünscht sich entweder eine ausgewogene Unterstützung beider Seiten oder gar keine Parteinahme.

In Hinblick auf die Parteipräferenz sieht es ähnlich aus: Eine ausgewogene Unterstützung ebenso der Israelis wie der Palästinenser:innen erhält unter den Anhänger:innen aller Parteien – mit Ausnahme der AfD – die meiste Zustimmung. AfD-Wähler:innen sprechen sich mit 51 Prozent mehrheitlich dafür aus, dass die Bundesregierung keine der beiden Seiten unterstützt. Die geringste Zustimmung für eine einseitige Unterstützung Israels kommt von Wähler:innen der Partei Die Linke (elf Prozent). Sie sprechen sich mit 23 Prozent zugleich am häufigsten für eine stärkere Unterstützung der Palästinenser:innen aus.

Was eine mögliche Kompromissbereitschaft im israelisch-palästinensischen Konflikt angeht, ist das Meinungsbild in Deutschland im Vergleich zu 2021 relativ stabil geblieben. Eine klare Mehrheit der Befragten fordert ein Nachgeben beider Seiten zu gleichen Teilen (Abb. 7). Eine nennenswerte Verschiebung lässt sich jedoch erkennen: Der Anteil derjenigen, die sich für ein Nachgeben der Palästinenser:innen aussprechen, hat sich auf 14 Prozent verdoppelt und schließt somit zu denen auf, die das von den Israelis fordern (15 Prozent). Die Ergebnisse in Israel, einem Land im Kriegszustand, verwundern kaum. Hier stieg die Zustimmung dazu, dass Palästinenser:innen nachgeben sollen, um zwölf Prozentpunkte auf nunmehr 67 Prozent – was vor allem auf die um 14 Prozentpunkte gestiegene Zustimmung unter Jüd:innen zurückzuführen ist. Aber auch unter den arabischen Israelis spricht sich mit

Abbildung 7 | **Nachgeben im israelisch-palästinensischen Konflikt**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Wer muss im israelisch-palästinensischen Konflikt Ihrer Meinung nach mehr nachgeben, die Israelis oder die Palästinenser oder beide gleich viel?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

45 Prozent eine relative Mehrheit dafür aus, dass vor allem die Palästinenser:innen nachgeben sollten.

Eine Analyse nach Parteipräferenzen bestätigt für Deutschland das oben beschriebene Bild: Ein Entgegenkommen im Nahostkonflikt wird quer durch die Anhängerschaft der verschiedenen Parteien gleichermaßen von Israelis und Palästinenser:innen gefordert. Auffällig ist jedoch, dass Wähler:innen der Partei Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen am häufigsten ein stärkeres Entgegenkommen von israelischer Seite erwarten (24 respektive 21 Prozent Zustimmung). Demgegenüber sehen vor allem Wähler:innen von CDU/CSU und AfD die Verantwortung für ein Nachgeben eher bei den Palästinenser:innen (18 respektive 17 Prozent Zustimmung).

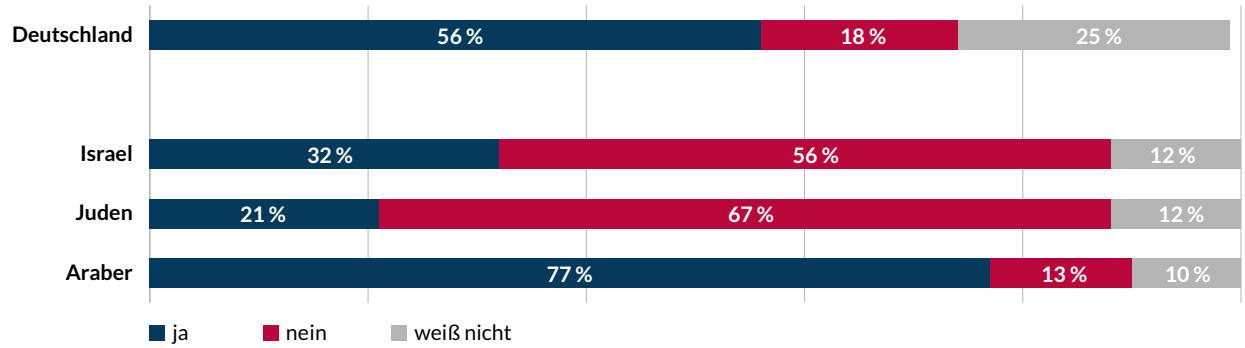
Die Zweistaatenlösung wird von vielen als zentrale politische Perspektive für eine Friedensregelung im israelisch-palästinensischen Konflikt angesehen. Auch die Bundesregierung setzt sich weiterhin dafür ein. Mit dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 ist diese Option jedoch aus Sicht jüdischer Israelis in weite Ferne gerückt (Abb. 8). Im Vergleich zu 2021 sank die Zustimmung zur Zweistaatenlösung in dieser Bevölkerungsgruppe von 37 auf nur noch 21 Prozent. Unter arabischen Israelis hingegen stieg die Befürwortung der Zweistaatenlösung im gleichen Zeitraum um acht Prozentpunkte auf nunmehr 77 Prozent.

In Deutschland bleibt die Haltung zur Zweistaatenlösung weitgehend stabil – mit einer Mehrheit von 56 Prozent, die sie befürworten, ähnlich wie 2021. Unterschiede zeigen sich auch hier nach Alter, Bildung und Geschlecht. Ältere (über 60 Jahre) befürworten die Zweistaatenlösung mit einem Anteil von 65 Prozent häufiger als Jüngere (unter 40 Jahren) mit nur 44 Prozent, ebenso Höhergebildete häufiger (67 Prozent) als Befragte mit niedrigem Bildungsniveau (48 Prozent). Zudem zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede: 66 Prozent der Männer befürworten die Zweistaatenlösung, hingegen sind es nur 48 Prozent der Frauen, die sich zudem zu rund einem Drittel deutlich häufiger unsicher äußern („weiß nicht“) als Männer (16 Prozent).

Die stärkste Befürwortung für die Zweistaatenlösung zeigt sich unter Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen (78 Prozent), gefolgt von denen der SPD (65 Prozent). Am wenigsten wird die Zweistaatenlösung von den Wähler:innen der AfD befürwortet (44 Prozent), zugleich findet sich hier auch die stärkste Ablehnung (27 Prozent).

Erstmals in dieser Studienreihe haben wir in Deutschland danach gefragt, wie gut sich die Menschen durch die deutschen Medien über die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt informiert fühlen (Abb. 9). Das Ergebnis macht deutlich: Subjektiv gut respektive

Abbildung 8 | **Befürwortung einer Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage „Befürworten Sie eine Zweistaatenlösung im israelisch-palästinensischen Konflikt?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

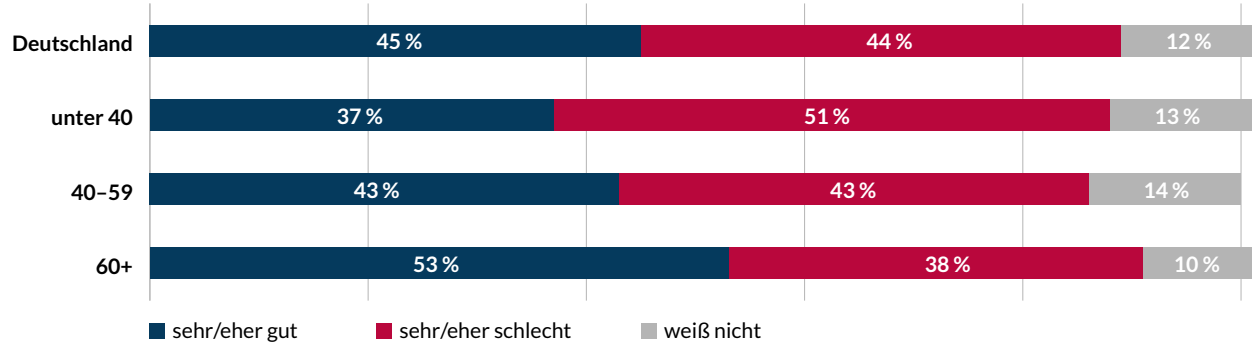
Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

schlecht Informierte halten sich in etwa die Waage. Unterschiede zeigen sich erneut nach Alter, Bildung und Geschlecht: Besonders auffällig ist, dass sich jüngere Befragte unter 40 Jahren mehrheitlich (51 Prozent) schlecht informiert fühlen. Unter den jungen Frauen fühlen sich sogar nur 25 Prozent gut informiert, während es unter den jungen Männern 48 Prozent sind. Auch das Bildungsniveau der Befragten spielt eine Rolle: Befragte mit höherer Bildung fühlen sich mit 51 Prozent häufiger gut informiert als Befragte mit niedriger Bildung (40 Prozent).

Besonders stark im Fokus der Berichterstattung über den Nahen Osten stand in den letzten Jahren der Krieg im Gazastreifen. 44 Prozent der Befragten in Deutschland nehmen die Medienberichterstattung über die Lage in Gaza als zu parteiisch zugunsten Israels wahr (Abb. 10, Seite 10). Nur ein Viertel hält sie für ausgewogen. Zu erkennen ist, dass sich dieses Meinungsbild über alle Altersgruppen hinweg zeigt – mit 40 Prozent nehmen die Befragten unter 40 Jahren allerdings am seltensten eine zu starke Parteinahme für Israel wahr.

Abbildung 9 | **Selbsteinschätzung der Informiertheit über den israelisch-palästinensischen Konflikt**

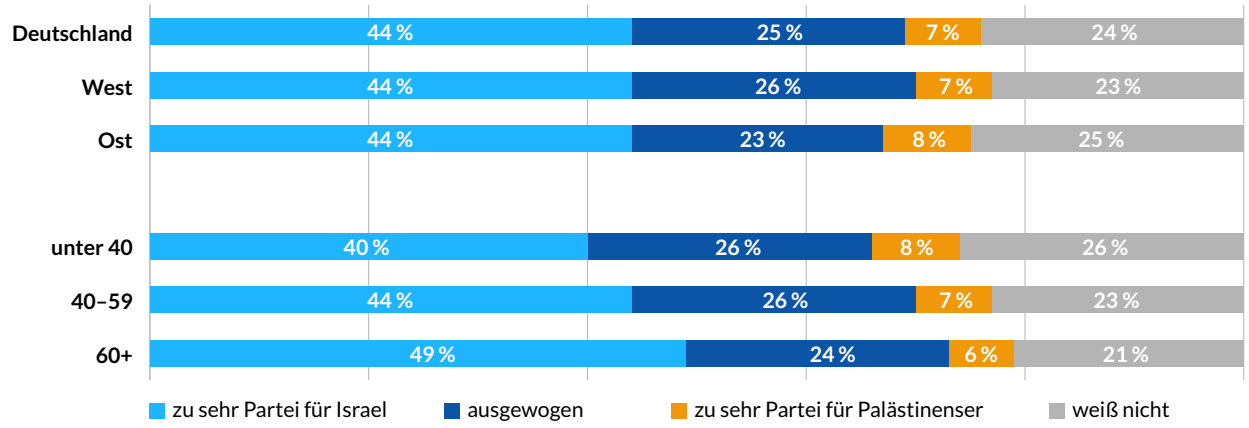


Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Wie gut fühlen Sie sich durch die deutschen Medien über die Situation im israelisch-palästinensischen Konflikt informiert?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Abbildung 10 | **Ausgewogenheit der deutschen Medienberichterstattung über Gaza**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Ist die deutsche Medienberichterstattung aus Ihrer Sicht über die Lage in Gaza ausgewogen?“ Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

Ein interessanter Zusammenhang zeigt sich mit der vorausgehenden Frage zur Informiertheit: Befragte, die die deutsche Medienberichterstattung als zu parteiisch zugunsten der Palästinenser:innen empfinden, fühlen sich zu 63 Prozent eher oder sehr schlecht informiert. Umgekehrt sehen sich 67 Prozent derjenigen, die eine Parteinahme zugunsten Israels wahrnehmen, eher oder sehr gut informiert.

Dieser Zusammenhang bildet sich auch in der Parteipräferenz ab. Wähler:innen der CDU/CSU – die sich am häufigsten gut informiert fühlen – sind mit einem Anteil von 57 Prozent am ehesten der Meinung, die Medien berichteten überwiegend zugunsten Israels. Zwar wird eine Berichterstattung zugunsten der Palästinenser:innen über alle Parteipräferenzen hinweg nur selten wahrgenommen. Mit 14 Prozent nehmen Wähler:innen der AfD – die sich am häufigsten schlecht informiert fühlen – vergleichsweise am häufigsten eine Berichterstattung zugunsten der Palästinenser:innen wahr.

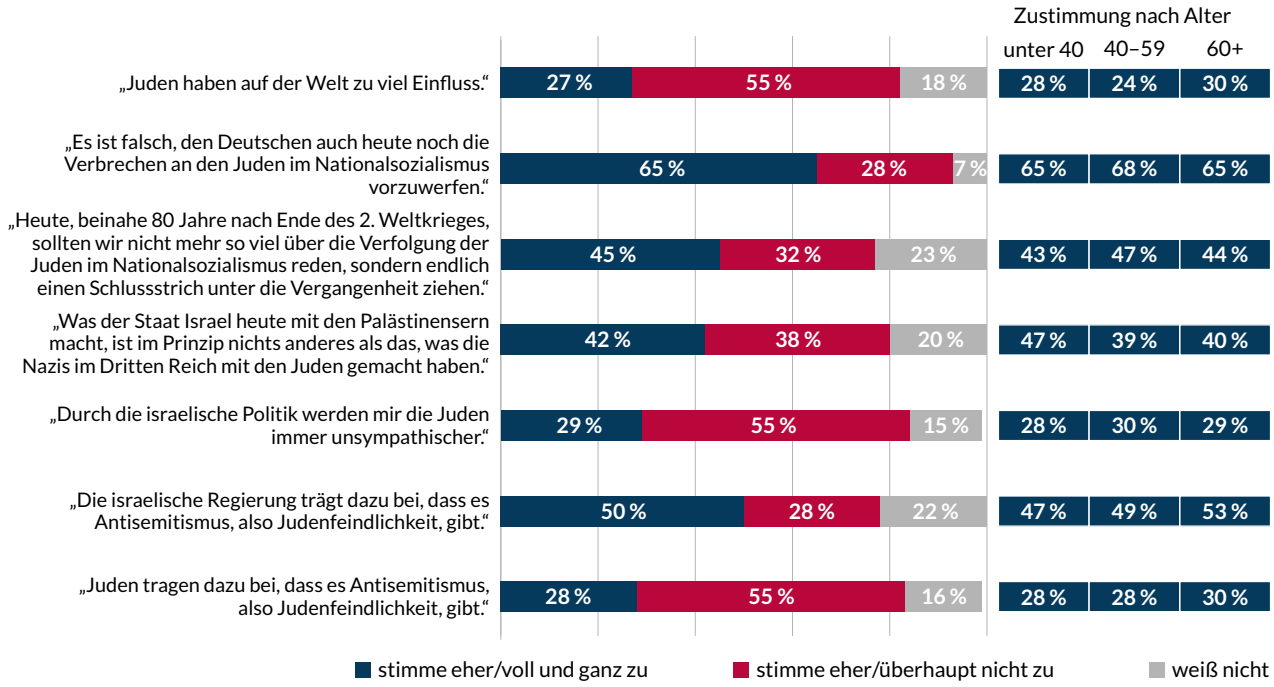
Antisemitismus in Deutschland

Antisemitische Einstellungen werden in der Regel als ein Bündel stereotyper und abwertender Überzeugungen und Tropen beschrieben, in denen Judenfeindlichkeit zum Ausdruck kommt. Dabei wird zwischen klassischem, sekundärem (z. B. Erinnerungsabwehr oder Täter-Opfer-Umkehr) und israelbezogenem Antisemitismus unterschieden. Um eine Einschätzung der Verbreitung von Antisemitismus in Deutschland zu erhalten, haben wir mit einer Reihe von Fragen diese verschiedenen antisemitischen Einstellungsmuster erhoben. Dabei hat unsere Studie nicht den Anspruch, antisemitische Einstellungen in Deutschland in ihrer ganzen Komplexität zu erfassen. Gleichwohl lassen unsere Ergebnisse erkennen: Im Vergleich zu 2021 hat insbesondere der israelbezogene Antisemitismus zugenommen. Dabei zeigen sich bedeutende Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen sowie der Parteipräferenz der Befragten.

Insgesamt stimmten 36 Prozent mindestens vier der in Abbildung 11 (Seite 11) aufgeführten Aussagen zum Antisemitismus zu und befürworten somit mehr als die Hälfte der genutzten Items. Damit weist über ein Drittel klare antisemitische Einstellungsmuster auf. 24 Prozent der Befragten stimmen mindestens fünf der Aussagen zu und sieben Prozent der Befragten sogar allen.

Die Aussage „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“ ist ein zentrales Indikator-Item zur Messung von klassischem Antisemitismus. Sie stößt in der aktuellen Erhebung mit 27 Prozent auf mehr Zustimmung als noch 2021 (24 Prozent). Der größte Anstieg ist in der Gruppe

Abbildung 11 | **Antisemitismus in Deutschland**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Zustimmung zu den jeweiligen Aussagen. Prozentwerte summieren sich infolge von Rundungsfehlern nicht immer auf 100. Bei der Aussage „Heute, beinahe 80 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges, sollten wir nicht mehr so viel über die Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus reden, sondern endlich einen Schlussstrich unter die Vergangenheit ziehen" wurden bei der Umfrage andere Anwortoptionen angewendet als hier abgebildet. „Falsch" wurde „stimme eher/überhaupt nicht zu" zugeordnet, „richtig" der Antwortoption „stimme eher/voll und ganz zu". Die Antworten „weiß nicht" und „unentschieden" wurden „weiß nicht" zugeordnet. Für eine genaue Aufteilung siehe Abbildung 3.

Basis: alle Befragten (Deutschland); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

der unter 40-Jährigen zu verzeichnen. Hier erhält die Aussage mit 28 Prozent inzwischen doppelt so viel Zustimmung wie noch 2021. Damit erreicht die Gruppe der unter 40-Jährigen einen ähnlich hohen Wert wie die anderen Altersgruppen. Vor allem nach Geschlecht und Bildungsniveau lassen sich bedeutende Unterschiede ausmachen. Männer stimmen der Aussage mit 32 Prozent deutlich häufiger zu als Frauen mit 23 Prozent. Die meiste Zustimmung äußern junge Männer unter 40 Jahren (36 Prozent), wohingegen die Frauen in dieser Altersgruppe die geringste Zustimmung angeben (20 Prozent). Unter Befragten mit niedriger Bildung ist die Zustimmung mit 33 Prozent ebenfalls besonders hoch.

Der sekundäre Antisemitismus äußert sich vor allem in einer Abwehrhaltung gegenüber der Erinnerung an die Shoah und der damit verbundenen Verantwortung. Der Aussage „Es ist falsch, den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden im Nationalsozialismus vorzuwerfen" stimmen 65 Prozent der Befragten zu. Im Vergleich zu 2021 ist dies ein Rückgang um vier Prozentpunkte. In Ostdeutschland ist der Rückgang mit zehn Prozentpunkten besonders ausgeprägt. Hier zeigt sich ebenfalls ein deutlicher Zusammenhang mit dem Bildungsniveau: 72 Prozent der niedrig Gebildeten stimmen der Aussage zu, aber nur 61 Prozent der Hochgebildeten. Auch einen Schlussstrich unter die Vergangenheit des Nationalsozialismus zu ziehen, halten heute etwas weniger Menschen für richtig. 2021 stimmten noch 49 Prozent der Befragten dieser Aussage zu, inzwischen sind es 45 Prozent. Wiederum ist der Rückgang in Ostdeutschland besonders deutlich ausgeprägt, von 51 Prozent auf 44 Prozent. Und auch bei dieser Aussage liegt die Zustimmung bei niedrig Gebildeten mit 52 Prozent deutlich höher als bei höher Gebildeten (38 Prozent).

Deutlich zugenommen hat der israelbezogene Antisemitismus. 42 Prozent der Befragten stimmen der Aussage zu, dass das, was der Staat Israel heute mit den Palästinensern mache, im Prinzip nichts anderes sei als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben – ein Anstieg um sieben Prozentpunkte gegenüber 2021. 29 Prozent bejahen, dass ihnen durch die israelische Politik die Juden immer unsympathischer würden (2021: 21 Prozent). Bei beiden Aussagen ist die Zustimmung unter jüngeren Menschen besonders stark gestiegen. So stimmen 47 Prozent der unter 40-Jährigen der NS-Vergleichsaussage zu (plus elf Prozentpunkte), bei der zweiten Aussage hat sich die Zustimmung in dieser Altersgruppe auf 28 Prozent verdoppelt. Eine große Rolle spielt auch das Bildungsniveau: Befragte mit niedriger Bildung stimmen der Aussage, dass das, was der Staat Israel heute mit den Palästinensern mache, im Prinzip nichts anderes sei als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben, mit 46 Prozent häufiger zu als höher Gebildete (40 Prozent). Und auch der Aussage, dass ihnen durch die israelische Politik die Juden immer unsympathischer würden, stimmen sie mit 34 Prozent häufiger zu als Befragte mit höherem Bildungsniveau (27 Prozent).

Ein bedeutender Zusammenhang lässt sich nicht zuletzt zwischen antisemitischen Einstellungen und Parteipräferenz feststellen. Klassischer Antisemitismus ist besonders stark unter Wähler:innen der AfD verbreitet (37 Prozent Zustimmung zu der Aussage „Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss“). Unter den Wähler:innen der (ehemaligen) Volksparteien CDU/CSU und SPD liegt die Zustimmungsrate bei immerhin 31 beziehungsweise 30 Prozent, unter Wähler:innen der Partei Die Linke sind es 21 Prozent. Mit deutlichem Abstand ist die Zustimmung unter den Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen am geringsten – hier liegt sie lediglich bei acht Prozent. Seit 2021 lässt sich eine Verschiebung klassisch antisemitischer Einstellungen nach Parteipräferenz erkennen: Während inzwischen mehr Wähler:innen der SPD (2021: 20 Prozent) sowie der Partei Die Linke (2021: zwölf Prozent) der entsprechenden Aussage zustimmen, ging die Zustimmung unter Wähler:innen der AfD (2021: 48 Prozent) und Bündnis 90/Die Grünen (2021: 14 Prozent) zurück. Etwa gleich blieb die Zustimmung unter dem Wähler:innen der CDU/CSU (30 Prozent).

Bei der Aussage „Es ist falsch, den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden im Nationalsozialismus vorzuwerfen“ ist die höchste Zustimmung erneut unter Wähler:innen der AfD (79 Prozent) festzustellen, gefolgt von Wähler:innen der CDU/CSU (71 Prozent) und der SPD (64 Prozent). Mit Abstand am geringsten fällt die Zustimmung erneut unter Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen aus (39 Prozent).

Auch beim israelbezogenen Antisemitismus zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Anhänger:innen der Parteien. Die Aussage „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ findet unter Wähler:innen der Partei Die Linke mit 53 Prozent die größte Zustimmung, gefolgt von denen der AfD mit 43 Prozent. Am geringsten fällt die Zustimmung bei Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen aus (39 Prozent).

Bei der Aussage „Durch die israelische Politik werden mir die Juden immer unsympathischer“ ergibt sich ein differenziertes Bild: Die Wähler:innen der AfD stimmen ihr mit 37 Prozent am meisten, die Anhänger:innen von Bündnis 90/Die Grünen mit 17 Prozent am wenigsten zu. Unter Wähler:innen der Partei Die Linke liegt die Zustimmung bei 23 Prozent – deutlich niedriger als bei der vorausgehenden Aussage. Dies deutet darauf hin, dass der „israelkritische“ Diskurs im Kontext des Gaza-Kriegs nicht notwendig in eine generalisierende Ablehnung von Jüd:innen als Kollektiv übergeht. In den gegenläufigen Ergebnissen der „gegen Israel“ und „gegen Jüd:innen“ gerichteten Aussagen spiegeln sich möglicherweise auch die derzeitigen Auseinandersetzungen zwischen rassismus- und antisemitismuskritischen Haltungen in linken Kreisen.

Die Ergebnisse verdeutlichen, dass sich antisemitische Einstellungen in Deutschland entlang sozio-demografischer Faktoren und politischer Überzeugungen unterscheiden. Klassischer Antisemitismus findet vor allem bei jüngeren Männern und Personen mit niedrigem Bildungsniveau Zustimmung. Auch sekundärer und israelbezogener Antisemitismus ist unter niedrig Gebildeten weit verbreitet. Besonders alarmierend ist der Anstieg antisemitischer Haltungen unter jungen Menschen.

Deutsch-israelische Zusammenarbeit

Auch in dieser Erhebung haben wir nach der Wahrnehmung der Kooperation zwischen Deutschland und Israel gefragt.

Die Haltungen in beiden Ländern unterscheiden sich hier deutlich (Abb. 12). In Deutschland sind 40 Prozent der Befragten der Meinung, dass der aktuelle Umfang der Zusammenarbeit ausreichend ist, während sich 24 Prozent eine intensivere Kooperation wünschen. In Israel hingegen sehen nur 16 Prozent der Befragten den Umfang der Kooperation als ausreichend an. Eine klare Mehrheit von 68 Prozent spricht sich für eine stärkere Zusammenarbeit aus.

Auffällig ist, dass sich in Deutschland unter den unter 40-Jährigen nahezu jede:r vierte Befragte (23 Prozent) weniger Kooperation wünscht, während dies unter den über 60-Jährigen nur bei jedem/jeder Zehnten der Fall ist.

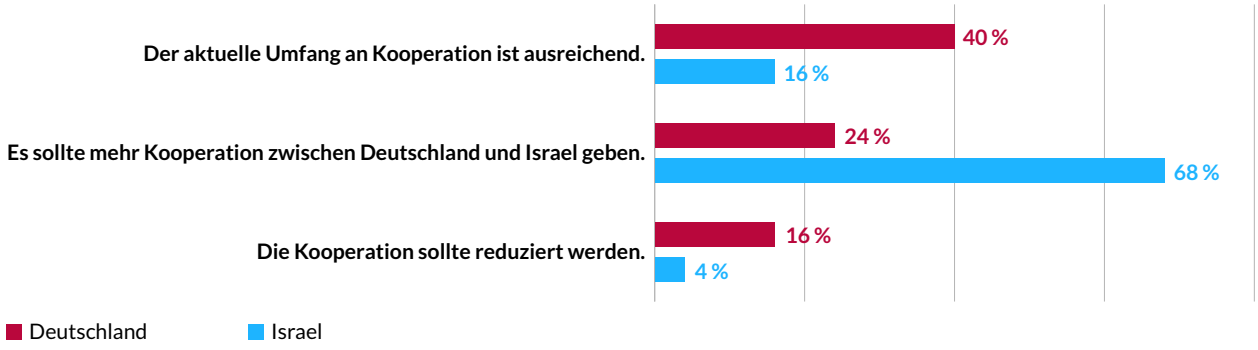
Deutliche Unterschiede zeigen sich auch nach Parteipräferenz. Zwar sehen parteiübergreifend die meisten den derzeitigen Umfang der deutsch-israelischen Zusammenarbeit als ausreichend an, doch treten parteispezifische Tendenzen hervor: Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich mit 37 Prozent überdurchschnittlich häufig für eine Ausweitung der Kooperation aus. Im Gegensatz dazu wünschen sich 29 Prozent der AfD-Wähler:innen weniger Zusammenarbeit – der höchste Wert unter allen Parteipräferenzen.

In der israelischen Bevölkerung zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen jüdischen und arabischen Bürger:innen. Während 76 Prozent der jüdischen Befragten eine intensivere Zusammenarbeit mit Deutschland befürworten, sind es unter Araber:innen nur 34 Prozent. Eine Mehrheit der arabischen Befragten (38 Prozent) bewertet den aktuellen Umfang der Kooperation als ausreichend.

Wir haben auch danach gefragt, welche Bereiche der deutsch-israelischen Zusammenarbeit als besonders wichtig erachtet werden (Abb. 13, Seite 14). Dabei konnten die Befragten unter mehreren Möglichkeiten jeweils zwei für sie besonders wichtige Bereiche auswählen. In beiden Ländern wird von etwa einem Drittel der Befragten die politische Zusammenarbeit auf Regierungsebene als einer der wichtigsten Bereiche genannt. Die Israelis sehen darüber hinaus die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Militär, Rüstung und Verteidigung als besonders wichtig an. In Deutschland ist das anders, hier werden Wissenschaft und Forschung sowie zivilgesellschaftlicher Austausch häufiger priorisiert als in Israel.

Erneut spielt die Parteipräferenz eine Rolle: Eine politische Zusammenarbeit auf Regierungsebene wird besonders häufig von Wähler:innen der SPD (42 Prozent)

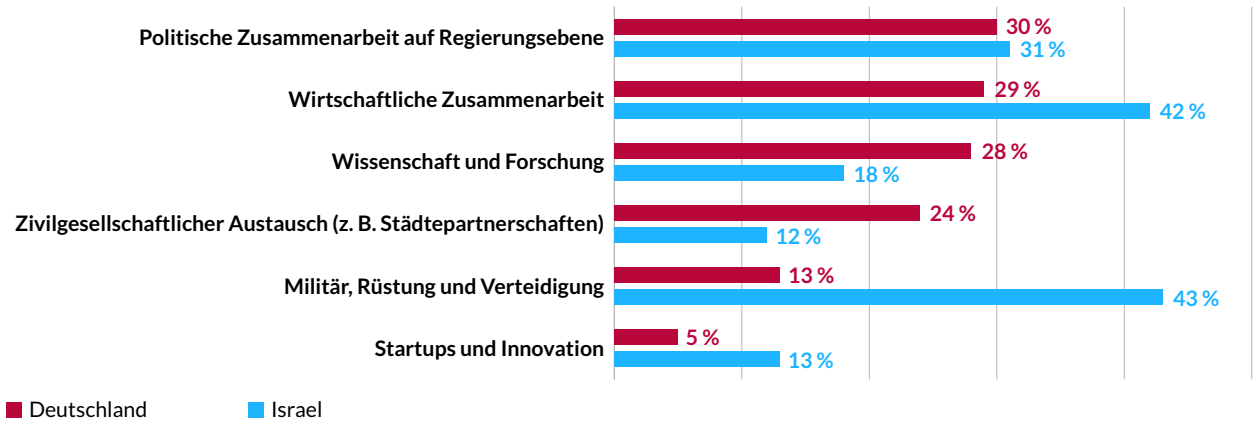
Abbildung 12 | **Mehr oder weniger Zusammenarbeit?**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „Was würden Sie für die deutsch-israelische Zusammenarbeit empfehlen?“ Ausgenommene Antwortkategorie „weiß nicht“, „nichts davon“.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstel-lung.

Abbildung 13 | **Wichtigste Bereiche der deutsch-israelischen Zusammenarbeit**



Angegeben ist die prozentuale Verteilung der Antworten auf die Frage: „In welchen zwei Bereichen sollten Deutschland und Israel aus Ihrer Sicht besonders eng zusammenarbeiten?“ Ausgenommene Antwortkategorien „weiß nicht“. Mehrfachantwort (maximal 2 Antworten) möglich, daher summieren sich Prozentwerte nicht auf 100.

Basis: alle Befragten (Deutschland/Israel); gewichtete Ergebnisse; eigene Darstellung.

BertelsmannStiftung

sowie CDU/CSU (35 Prozent) priorisiert. Wähler:innen von Bündnis 90/Die Grünen legen hingegen mit jeweils 44 Prozent besonderen Wert auf den zivilgesellschaftlichen Austausch sowie die Kooperation in Wissenschaft und Forschung. Auch für Wähler:innen der Partei Die Linke steht der zivilgesellschaftliche Austausch im Vordergrund – 41 Prozent nennen ihn als wichtige Form der Zusammenarbeit. Die Wähler:innen der AfD, von denen fast ein Drittel weniger Kooperation zwischen Deutschland und Israel befürwortet, wählen hier 32 Prozent am häufigsten die Antwortoption „weiß nicht“ (32 Prozent), gefolgt von wirtschaftlicher Zusammenarbeit (30 Prozent).

In Israel zeigen sich insbesondere zwischen jüdischen und arabischen Bevölkerungsteilen Unterschiede. Eine enge Kooperation in den Bereichen Militär, Rüstung und Verteidigung wird von 53 Prozent der jüdischen Befragten befürwortet – unter den arabischen Befragten sind es lediglich sechs Prozent. Arabische Israelis legen hingegen mit 53 Prozent den größten Wert auf eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit. Aber auch unter jüdischen Israelis wird dieser Bereich als relevant angesehen, 40 Prozent sprechen sich dafür aus.

Fazit

Sechzig Jahre nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sind Deutschland und Israel enger denn je politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich verbunden. Doch zugleich ist die Grundlage der besonderen Beziehung zwischen beiden Ländern fragiler geworden. Unsere Studie zeigt: In der deutschen und in der israelischen Gesellschaft gehen die Einschätzungen in zentralen Fragen deutlich auseinander. Bemerkenswert dabei ist, dass sich – wie bereits in der Vorgängerstudie – in Deutschland kaum Differenzen zwischen ost- und westdeutschen Befragten feststellen lassen. Trotz unterschiedlicher historischer Erfahrungen im Umgang mit der NS-Vergangenheit und dem Staat Israel zeigen sich in den zentralen Fragen der Wahrnehmung und Einstellung heute weitgehende Gemeinsamkeiten.

Anders sieht es im bilateralen Verhältnis aus: Während Israelis Deutschland und seine Regierung mehrheitlich positiv bewerten, blicken Deutsche zunehmend kritisch auf Israel – insbesondere auf dessen aktuelle Regierung.

Gleichzeitig wird die historische Verantwortung Deutschlands von beiden Seiten unterschiedlich interpretiert. Für eine große Mehrheit der Israelis betrifft

diese deutsche Verantwortung das jüdische Volk und den Staat Israel gleichermaßen. In Deutschland hingegen wird diese Verantwortung zunehmend abstrakter gefasst: Viele jüngere Deutsche bejahen die Bedeutung der Shoah für die Gegenwart, ziehen daraus jedoch eher universelle Lehren für die Wahrung der Menschenrechte und das Völkerrecht, weniger eine spezifische Verantwortung für das jüdische Volk oder gar den Staat Israel. Diese Universalisierung der Erinnerung ist einerseits Ausdruck eines verinnerlichten Geschichtsbewusstseins, birgt andererseits aber die Gefahr, dass die konkrete politische Verantwortung gegenüber Israel ins Hintertreffen gerät.

Zugleich offenbart unsere Studie einen besorgniserregenden Befund: Antisemitismus bleibt ein drängendes gesellschaftliches Problem. Die Ergebnisse der Befragung zeigen deutlich, dass Judenfeindschaft in ihren unterschiedlichen Formen weiterhin Bestand hat und zudem in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus und allen politischen Lagern auftritt – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung. Während die Zustimmung zu Aussagen des sekundären Antisemitismus teils rückläufig sind, ist insbesondere der israelbezogene Antisemitismus auf dem Vormarsch – vor allem unter Jüngeren.

Die Verschiebungen, die unsere Studie offenlegt, betreffen das gesellschaftliche Klima ebenso wie die Grundlagen deutsch-israelischer Beziehungen. Denn das Verständnis von historischer Verantwortung, Erinnerung an die Shoah und kritische Solidarität mit dem Staat Israel sind wesentliche Säulen dieses Verhältnisses. Die Frage, wie diese Erinnerung in die Zukunft getragen und mit neuem Leben gefüllt werden kann, ist von grundlegender Bedeutung für die Weiterentwicklung der deutsch-israelischen Beziehungen.

Trotz aller aktuellen Herausforderungen bleibt festzuhalten, dass die Basis für Verständigung und Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern Bestand hat: Die beiderseits geteilte Zustimmung zur Demokratie, das große Vertrauen, das die Israelis Deutschland entgegenbringen, ebenso wie die breite Zustimmung in Deutschland zur Bedeutung der historischen Verantwortung bieten eine belastbare Grundlage für eine gemeinsame Zukunft.

Gleichwohl sind angesichts der oben beschriebenen Entwicklungen klare und entschiedene politische Antworten gefragt. Sie müssen auf mehreren Ebenen ansetzen:

1. **Politische Bildung und historische Verantwortung:** Die Vermittlung der Shoah und ihrer Bedeutung für das Selbstverständnis der Bundesrepublik muss gestärkt werden – insbesondere mit Blick auf die junge Generation. In ihr sind – auch bedingt durch Einwanderung – die Bezüge zum „Volk der Täter“ und die Bedeutung historischer Verantwortung uneindeutiger als je zu vor. Erinnerungspolitik darf sich deswegen nicht auf Rituale beschränken, sie muss konkret sein, vielfältige Identifikation und politische Orientierung bieten: für Demokratie, für Menschenrechte und gegen jede Form von Antisemitismus.

2. **Antisemitismusbekämpfung in der Breite:** Es braucht einen ganzheitlichen Ansatz, der alle Formen des Antisemitismus gleichermaßen ernst nimmt: rechten, linken, muslimischen, postkolonialen und israelbezogenen. Dabei gilt: Der Kampf gegen Antisemitismus darf nicht instrumentalisiert werden – weder, um legitimer Israelkritik die Berechtigung abzusprechen, noch, um eigene Ressentiments – etwa gegenüber Muslimen – zu kaschieren.

3. **Kritische Solidarität mit Israel:** Die vielbeschworene „Staatsräson“ muss konkret eingelöst werden durch eine Haltung der kritischen Solidarität. Das bedeutet: Israels Existenzrecht und Sicherheit sind nicht verhandelbar. Zugleich darf dies nicht bedeuten, Fehlentwicklungen in der israelischen Innen- oder Außenpolitik zu ignorieren. Gerade aus tiefer Verbundenheit erwächst die Pflicht zur kritischen Begleitung.

4. **Stärkung zivilgesellschaftlicher Beziehungen:** Die politische und mediale Polarisierung darf nicht dazu führen, dass die menschlichen Beziehungen vernachlässigt werden. Austauschprogramme, gemeinsame Bildungs- und Forschungsprojekte sowie die direkte Begegnung junger Menschen sind der Nährboden für eine lebendige Beziehung, für Verständigung und wachsendes Vertrauen auch in konfliktbehafteten Zeiten.

5. **Eine klare europäische Nahostpolitik:** Deutschland sollte sich in der EU für eine kohärente, völker- und menschenrechtsbasierte und zugleich sicherheitspolitisch realistische Nahostpolitik einsetzen. Eine solche Politik muss Israels Sicherheit ebenso im Blick behalten wie die legitimen Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser. So kann Vertrauen (wieder) geschaffen und eine gerechtere Friedensordnung angestrebt werden.

Die deutsch-israelischen Beziehungen brauchen heute mehr denn je eine bewusste, reflektierte und zukunftsorientierte Ausgestaltung. Dazu gehört es auch, Differenzen nicht zu verschweigen, sondern offen zu benennen. Dann kann die besondere Beziehung, die aus der Geschichte erwachsen ist, zu einem glaubwürdigen Versprechen für die Zukunft werden.

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Mai 2025

Herausgeber
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Stephan Vopel, Stefanie M. Schulz

Studiendurchführung und Auswertung
Rainer Faus, Lutz Ickstadt, Magnus Wagner
(pollytix strategic research gmbh)

Lektorat
Gesine Bonnet

Titelbild
© qunica.com – stock.adobe.com

Gestaltung
Nicole Meyerholz, Bielefeld

Druck
Hans Gieselmann Druck und
Medienhaus, Bielefeld

Kontakt
Stephan Vopel
Director
Telefon +49 5241 81-81397
stephan.vopel@bertelsmann-stiftung.de

Stefanie M. Schulz
Project Manager
Telefon +49 30 275788-187
stefanie.schulz@bertelsmann-stiftung.de